

Vorlage für die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 09.09.2020

TOP 3

Demokratiezentrum Land Bremen - „Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“

A. Problem

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ seit 2015 Projekte, die sich für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit einsetzen. Im Januar 2020 begann die zweite Förderperiode (2020 – 2024). Das Programm ist zentrale Säule der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung.

Zielgruppe des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sind Kinder und Jugendliche, deren Eltern, Familienangehörige und Bezugspersonen, junge Erwachsene aber auch ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe und an anderen Sozialisationsorten Tätige, Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure im Handlungsfeld der Demokratieförderung und Demokratiebildung.

In der aktuellen Förderperiode hat das BMFSFJ die Landes-Demokratiezentren als zentrale Koordinierungsstellen im Bundesprogramm beauftragt, die bereits aufgebauten Strukturen zu festigen und zu etablieren. Sie setzen im jeweiligen Land die Ziele des Bundesprogramms um und werden nach den konkreten gesellschaftlichen Herausforderungen bedarfsorientiert und unter Berücksichtigung bestehender Strukturen im Land ausgestaltet. Sie sind Ansprechpartner für „Demokratie leben!“-Akteur*innen und für die Ausgestaltung einer nachhaltigen Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur auf Landesebene zuständig. „Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ sind Kernziele. Dieser inhaltliche Dreiklang ist handlungsleitend für die aktuelle Förderperiode.

Das BMFSFJ stellt den Ländern Bundesmittel zur Umsetzung der Handlungsbereiche zur Verfügung. Die Gewährung einer Zuwendung setzt grundsätzlich den Einsatz einer Komplementärfinanzierung von mindestens 10 Prozent der Gesamtausgaben aus Landesmitteln voraus. Diese sind im Bremer Doppelhaushalt 2020/21 dargestellt. Im Handlungsbereich „Kommune“ werden 125.000,00 EUR je Partnerschaft für Demokratie, im Handlungsbereich „Modellprojekte“ bis zu 200.000,00 EUR je Projekt und im Handlungsbereich „Land“ ein Sockelbetrag von 900.000,00 EUR sowie ein zusätzlicher individueller Anteil, berechnet nach dem „Königsteiner Schlüssel“, zur Verfügung gestellt.

B. Lösung

Der Übergang in die neue Förderperiode des Bundesprogrammes wurde im Land Bremen erfolgreich gestaltet. Es ist gelungen, eine Kontinuität in der Beratungsarbeit zu gewährleisten und die bewährten Strukturen zu festigen.

Demokratiezentrum Land Bremen

Für Fachfragen und Beratungsbedarfe im Bereich der Demokratieförderung, der Vielfaltsgestaltung und der Extremismusprävention ist das Demokratiezentrum Land Bremen zentrale Anlaufstelle. Im Rahmen von Beratungs- und Bildungsarbeit sowie Fortbildungen wird Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bzw. islamistischem Extremismus und Muslim*afeindlichkeit begegnet.

Bei der Umsetzung des Bundesprogrammes gemeinsam mit den freien Trägern LidiceHaus, Servicebureau Jugendinformation, VAJA e.V. und dem Rat&Tat-Zentrum prägen die Standards der Kinder- und Jugendhilfe die pädagogische Praxis. Das bedeutet junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern sowie Eltern und andere Erziehungsberechtigte, im Fall einer Radikalisierung, zu beraten und zu unterstützen. Der Projektverbund arbeitet nach den fachlichen Grundsätzen der Freiwilligkeit und der Vertraulichkeit. Gerade Jugendliche und junge Erwachsene brauchen den Raum zur Auseinandersetzung mit politischen Themen, Religiosität und zentralen jugendlichen Entwicklungsfragen, ohne als „potentiell radikalisiert“ oder „gefährlich“ stigmatisiert zu werden. Aktionistische Interventionen oder Kurzschlusshandlungen, die aus mangelnder Handlungssicherheit im Umgang mit möglichen Anzeichen für eine Radikalisierung resultieren, verhindern im pädagogischen Kontext die Wirksamkeit präventiver Ansätze. Handlungsunsicherheiten von Eltern, Angehörigen, Fachkräften und Sozialraumakteur*innen im Umgang mit Anzeichen, die auf eine Radikalisierung hindeuten könnten, begegnet das Demokratiezentrum mit einem fachkundigen Beratungsangebot. Die Angebote wenden sich sowohl an Betroffene und Ratsuchende, wie auch an Fachkräfte und die interessierte Öffentlichkeit. Dazu zählt die Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie Ausstiegs- und Distanzierungsberatungsstellen für Menschen, die sich dem Rechtsextremismus oder dem islamistischen Extremismus zuwenden.

Das Demokratiezentrum Land Bremen ist im *Referat 22 - Kinder und Jugendförderung* angesiedelt. Es besteht aus zwei Koordinierungsstellen zu den Themen „Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ sowie „islamistischer Extremismus und Muslim*afeindlichkeit“ und einer Projektleitung. Das Demokratiezentrum begleitet und koordiniert die Arbeit der angegliederten Beratungsstellen. Es organisiert Fachveranstaltungen und Fortbildungen für Multiplikator*innen. Gemeinsam mit den Partnerschaften für Demokratie wird jährlich eine Landesdemokratiekonferenz ausgerichtet. Als Erstkontaktstelle vermittelt das Demokratiezentrum Betroffene, Ratsuchende und Interessierte an die Beratungsstellen oder externe Fachstellen. Im Bereich der Vernetzungsarbeit organisiert jede Koordinierungsstelle ein eigenes Netzwerk: das „Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ sowie das Netzwerk „Soziale Arbeit und religiös begründeter Extremismus“. Ein halbjährlich tagender Beirat begleitet die Arbeit des Demokratiezentrums. Zentral ist die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der Prävention von Extremismus. Good-Practice-Ansätze der Beratungs- und Präventionsarbeit werden im Rahmen des fachlichen Austausches mit den Modellprojekten und den Beratungsstellen in Handlungsempfehlungen dokumentiert. Seine Fachexpertise bringt das Demokratiezentrum bei der Erstellung von politischen Stellungnahmen und der Beantwortung parlamentarischer Anfragen ein.

Eine weitere Aufgabe ist das Antrags- und Berichtswesen gegenüber der Bundesebene sowie die Prüfung der Anträge und Verwendungsnachweise der Projekte im Land Bremen.

Verortung im Dreiklang des Bundesprogrammes

In der Demokratieförderung geht es um die Stärkung der Teilhabemöglichkeiten an politischen Prozessen und die Demokratiebildung im Rahmen von Maßnahmen nonformaler Bildung. Sie richten sich grundsätzlich an alle gesellschaftlichen Gruppen. Die Angebote klären über menschenfeindliche Ideologien auf, fördern die eigenständige Urteilsbildung und stärken die Resilienz der Teilnehmenden. Sie zielen auf die Identifikation vor allem junger Menschen mit grundlegenden demokratischen Regeln und die Entwicklung zu Akteur*innen, die sich antidemokratischen Entwicklungen und menschenfeindlichen Geschehnissen entgegenstellen.

Vielfaltsgestaltung stellt die Sensibilisierung für die Lebensrealitäten der Mitmenschen sowie die Sichtbarmachung von und Auseinandersetzung mit Diskriminierungsformen fachlich in den Vordergrund. Die Anerkennung von Diversität als gesellschaftlichen Normalzustand wird gefördert.

Im Arbeitsbereich der Extremismusprävention werden zwei Ansätze unterschieden:

Selektive Prävention fokussiert auf Personen, die bereits Risikofaktoren einer demokratie- und menschenfeindlichen Radikalisierung aufweisen. Die Maßnahmen richten sich an eine bestimmte Zielgruppe, beispielsweise an gefährdete Jugendliche und deren Umfeld. Neben der direkten Arbeit mit den Betroffenen adressiert die selektive Prävention auch Multiplikator*innen bzw. Signalgeber*innen. Das können beispielsweise Fachkräfte oder Verwandte sein.

Die indizierte Prävention legt den Fokus auf Personen, die sich in einem konkreten Radikalisierungsprozess befinden oder sich bereits radikalisiert haben. Sie unterstützt bei der Loslösung aus der extremistischen Szene. „Deradikalisierung“ ist als ein langwieriger Prozess zu verstehen, an dessen Ende nicht zwingend die vollkommene Abkehr von menschenfeindlichem Denken steht. Der Fokus einer Deradikalisierung liegt auf der Loslösung von Gewalt bzw. Gewaltakzeptanz als Mittel zur Zielerreichung.

Beratungsstellen

Der Projektverbund des Demokratiezentrum umfasst fünf Beratungsstellen:

Als Ausstiegs- und Distanzierungshilfe für das Land Bremen begleitet die Beratungsstelle *reset* (VAJA e.V.) Menschen, die sich von extrem rechten Einstellungen und entsprechenden Handlungen distanzieren möchten und/oder aus organisierten extrem rechten Strukturen aussteigen wollen.

Das *Mobile Beratungsteam* (LidiceHaus) berät zu Anliegen und Fragen in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus sowie zu weiteren Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ziel der Arbeit ist es, engagierte Menschen zu unterstützen, eine demokratische Kultur zu leben und sich antidemokratischen Entwicklungen und menschenfeindlichen Geschehnissen als Akteur*innen einer solidarischen Zivilgesellschaft entgegenzustellen.

Soliport (LidiceHaus) berät, unterstützt und begleitet Menschen, die aufgrund von Kriterien wie Aussehen, Sprache, Wohnungslosigkeit, Religion oder emanzipatorischer Haltung angefeindet oder angegriffen werden.

keine-randnotiz.de recherchiert und dokumentiert rechte, rassistische und antisemitische Gewalt und Aktivitäten in Bremen, Bremerhaven und Umgebung. Ziel des Projekts ist es, rechte Gewalt im Land Bremen sichtbar zu machen. Neben der Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist die Solidarität mit

den Betroffenen ein wesentlicher Aspekt des Projekts. Die Website ist ein unabhängiges Dokumentations- und Webprojekt der Betroffenenberatungsstelle soliport und des Mobilen Beratungsteams.

Das *Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e.V.* bietet ein Beratungsangebot für LSBTIQ*-Geflüchtete und -Migrant*innen an. Es richtet sich damit insbesondere an Menschen, die Erfahrungen mit rassistischer und homo-/trans*/inter*feindlicher Diskriminierung und Gewalt machen mussten oder müssen.

Die Fach- und Beratungsstelle *kitab* richtet sich an Eltern, Angehörige und Fachkräfte, die in einer Auseinandersetzung mit Aspekten eines religiös begründeten Extremismus stehen. Die Mitarbeiter*innen bieten Distanzierungsbegleitung und Unterstützung an, auch für die sich radikalierenden Personen selbst.

Temporäre Projektförderung

Im Kontext des Demokratiezentrum Land Bremen gab es in den letzten zwei Jahren temporäre Projektförderungen. Gefördert wurde:

- Die konzeptionelle Weiterentwicklung des Projektes *Köfte Kosher*, in dessen Rahmen jüdische und muslimische Jugendliche an der Humboldtstraße/Marwa-El-Sherbini-Platz im Bremer Viertel einen Gedenkort gegen rechte Gewalt geschaffen haben (2018/2019).
- Die Kampagne „*Gemeinsam.Sicher.Feiern.*“ des *Clubverstärker* zum Abbau von diskriminierendem Verhalten und zur Stärkung von Achtsamkeit im Nachtleben (2018/2019).
- Die Konzepterstellung für ein Jugendcafé und die Entwicklung eines Jugendkalenders durch den *Stadtjugendring Bremerhaven* (2019).
- Eine Seminarreihe zum Thema Antisemitismus der *Naturfreundejugend Bremen* (2019).
- Eine Bildungsveranstaltung des *Fanprojekt Bremen* zum Abbau von Diskriminierung im Fußballstadion (2019).

Im Jahr 2020 erhält die *Schura – Islamische Religionsgemeinschaften Bremen e.V.* für das Projekt *kelam* eine Zuwendung im Rahmen der temporären Projektförderung. Der Träger führt ein Theaterprojekt, Workshops zu politischen Themen sowie die Veranstaltung *Speak Up* mit dem Ziel des Empowerment der jugendlichen Teilnehmenden durch.

Partnerschaften für Demokratie

Aktivitäten für Demokratie und Vielfalt auf lokaler Ebene fördern die Partnerschaften für Demokratie. Konkreten Einzelmaßnahmen und Projekten, werden über einen Aktions- und Initiativfonds sowie einen Jugendfonds gefördert. Anträge können von gemeinnützigen Vereinen, religiösen Gemeinschaften, Initiativen, nichtstaatlichen Organisationen und Jugendlichen gestellt werden. Teilnehmen können alle, die sich für gesellschaftliche Vielfalt und Demokratie und gegen Diskriminierung, Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen. Über die Anträge entscheiden Aktive aus der Zivilgesellschaft zusammen mit Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung. Es bestehen im Land Bremen drei Partnerschaften bzw. Fördergebiete:

- Mitte, Viertel und Findorff
- Burglesum, Vegesack und Blumenthal
- Bremerhaven

Die Partnerschaften für Demokratie sind in Trägerschaft der *Naturfreundejugend Bremen e.V.* und des *Amtes für Soziale Dienste Mitte* bzw. des *StadtSportBundes Bremerhaven e.V. / Bremerhavener Sportjugend* und des *Magistrats der Stadt Bremerhaven*.

Modellprojekte

Modellprojekte entwickeln neue, innovative pädagogische Ansätze und erproben diese. Sie sind entlang der drei Handlungsfelder Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung sowie Extremismusprävention thematisch gegliedert. In Bremen werden zwei Modellprojekte durchgeführt. Auswahl und Förderung erfolgt über das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA).

Das Modellprojekt *#future_fabric: demokratie.digital.denken* (Servicebureau Jugendinformation) adressiert junge Menschen als Akteur*innen einer demokratischen Gesellschaft: Was sind ihre Utopien und Dystopien für die Demokratie? Wie kann antidemokratischen Einstellungsmustern gemeinsam begegnet werden? Welche Beteiligungsformate sind notwendig, um junge Menschen in politische Prozesse und Entscheidungen einzubeziehen? Demokratiebildung, Medienpädagogik und Partizipation wird zusammengedacht, um neue und innovative Bildungs- und Partizipationsformate zu entwickeln.

AkriBa – Antisemitismuskritische Bildungsarbeit (LidiceHaus) fördert eine antisemitismuskritische Haltung und Handlungskompetenz in der Migrationsgesellschaft. Neben Entstehungsgeschichte und historischer Entwicklung werden aktuelle Antisemitismen und gesellschaftliche Funktionsweisen in den Blick genommen. Das Modellprojekt entwickelt niedrigschwellige pädagogische Module für die außerschulische Jugendarbeit, die an jugendlichen Lebenswelten anknüpfen und Einblicke in jüdische Perspektiven gewähren. Ein Peer-to-Peer-Konzept und spezielle Angebote für Fachkräfte und Multiplikator*innen sind ebenso Teil des Projekts wie die Etablierung eines Netzwerks zum Austausch und zur Entwicklung didaktischer Konzepte im Themenfeld.

Kompetenznetzwerke

Die bundesweit tätige *Fachstelle Rechtsextremismus und Familie* (LidiceHaus) berät Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, die in ihrer Arbeit mit rechtsextremen Einstellungen konfrontiert sind. Sie bietet Unterstützung für Ratsuchende und Angehörige, die im familialen Kontext mit Rechtsextremismus konfrontiert sind. Darüber hinaus werden Informationsmaterialien und Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte angeboten. Die Fachstelle koordiniert das bundesweite Netzwerktreffen »Rechtsextremismus und Familie«. Seit 2020 ist die Fachstelle Teil des bundesweiten Kompetenznetzwerkes »Rechtsextremismusprävention« von »Demokratie leben!«.

C. Alternativen

Alternativen zur Berichterstattung werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Die Berichterstattung als solche hat keine unmittelbaren finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Angebote des Bundesprogrammes „Demokratie leben“ richten sich an alle Menschen, Genderaspekte werden bei der Umsetzung beachtet.

E. Beteiligung / Abstimmung

Ist nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen

G. Beschlussvorschlag

1. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Demokratiezentrum Land Bremen zur Kenntnis.
2. Der Landesjugendhilfeausschuss begrüßt die Umsetzung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ im Land Bremen und bittet das Demokratiezentrum, in einer der kommenden Sitzung die präventive Beratungsarbeit vorzustellen.